

Niederschrift

über die 2. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit am 02.03.2022 in Rotenburg, Kreishaus, großer Sitzungssaal

Teilnehmer:

Mitglieder des Kreistages

Abg. Patrick Brinkmann

Abg. Henning Cordes

Abg. Erich Gajdzik

Abg. Marvin Heinrich

Abg. Michaela Holsten

Abg. Stefan Klingbeil

Abg. Ingolf Lienau

Abg. Tam Ofori-Thomas

Abg. Joy Rosenberg

Abg. Erika Schmidt

Abg. Mathias Ullrich

Abg. Marsha Weseloh

Abg. Norbert Wolf

Mitglieder mit beratender Stimme

Herr Gerhard Bredehorst Abg. Marie-Thérèse Kaiser

Herr Helmut Sündermann

Verwaltung

Frau Imke Colshorn (Dez. III)

Frau Heike von Ostrowski (Dez. II) bis TOP 4

Frau Katja Weße (Gleichstellungsbeauftragte)

Frau Antje Brünjes (Amt 50) Herr Gregor Stein (Amt 55)

Herr Gerd Hachmöller (Amt 80) bis TOP 5

Frau Franziska Wronka (Amt 80) Frau Lara-Fabienne Tenzer (Amt 50) Vertretung für Abgeordneten Willi Bargfrede

Tagesordnung:

a) öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- **3** Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 23.11.2021
- **4** Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten
- Vorstellung der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe Vorlage: 2021-26/0108
- 6 Änderung der Verwaltungshandreichung zur Gewährung eines Mehrbedarfs für Verhütungsmittel

Vorlage: 2021-26/0100

7 Bericht über die Arbeit des Jugendberufszentrums Vorlage: 2021-26/0107

8 Anfragen

b) nichtöffentlicher Teil

9 Berichte und Anfragen

a) öffentlicher Teil

Punkt 1 der Tagesordnung: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vors. Lienau eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2 der Tagesordnung: Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird einstimmig in vorstehender Reihenfolge festgestellt.

Punkt 3 der Tagesordnung: Genehmigung der Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 23.11.2021

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig (bei 1 Enthaltung) den nachstehenden Beschluss.

Beschluss:

Die Niederschrift über die 1. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Arbeit und Gesundheit vom 23.11.2021 wird genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: Bericht des Landrates über wichtige Angelegenheiten

a) Erstattungsquote nach Nds. AG SGB IX/SGB XII

Zum 01.01.2022 wurde die Beteiligung in der Eingliederungshilfe neu festgesetzt. Der Landkreis beteiligt sich nun mit 10 %, statt wie zuvor 20 %, an den Landesaufwendungen und das Land beteiligt sich nun mit 33,3 %, statt vorher 69,7 %, an den Landkreisaufwendungen. Eine Sonderkompensation wie in den vergangenen beiden Jahren findet nicht mehr statt. Der Landkreisanteil werde sich, ausgehend von der Haushaltsplanung ohne Ausgleich, um voraussichtlich 2,9 Mio. € erhöhen. Ein evtl. Ausgleich über den Soziallastenausgleich auf Landesebene bleibt abzuwarten.

b) Landesrahmenvertrag SGB IX

Nach § 131 SGB IX schließen die Träger der Eingliederungshilfe auf Landesebene mit den Vereinigungen der Leistungserbringer gemeinsam und einheitlich Rahmenverträge zu den Leistungen der Eingliederungshilfe. Der Landesrahmenvertrag für die Leistungen der Eingliederungshilfe für Kinder und Jugendliche unter 18 ist zwischen den beteiligten Akteuren zwischenzeitlich ausgehandelt worden und der Landkreis ist diesem beigetreten.

c) Örtlicher Pflegebericht

Aufgrund einer im Dezember 2021 erfolgten Änderung des Nds. Pflegegesetzes müssen örtliche Pflegeberichte nun auch Vorschläge enthalten, wie durch Maßnahmen zur Stärkung der Prävention und Rehabilitation sowie der häuslichen Pflege Pflege- und Unterstützungsbedürftigkeit vermieden, verlangsamt oder vermindert werden sollen. Der Auftrag an die den örtlichen Pflegebericht des Landkreises erstellende Firma ist entsprechend ergänzt worden. Weiterhin soll der Bericht auch die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Pflege beinhalten. Aus diesen Gründen wird sich die Vorstellung des Berichtes im Ausschuss verschieben.

d) Wohnraumförderrichtlinie

Aus der Wohnraumförderrichtlinie sind im Jahr 2021 insgesamt 3 Anträge für barrierereduzierte Wohnungen gestellt worden, von denen 2 Anträge bewilligt wurden. Darüber hinaus wurde 1 Antrag für eine nicht barrierereduzierte Wohnung bisher noch nicht bewilligt. Laut **Frau Colshorn** wurden seit Beginn der Wohnraumförderrichtlinie seit 2013 von 22 Anträgen für nicht barrierereduzierte Wohnungen gestellten Anträge 20 bewilligt. Von 39 Anträgen für barrierereduzierte Wohnungen sind 36 bewilligt worden. Für 2022 stehen für Wohnraumförderung Haushaltsreste der vergangenen Jahre in Höhe von insgesamt 430.000,00 € zur Verfügung.

e) Jahresabrechnung des Jobcenters mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) 2018

Seit Ende Dezember 2021 ist eine Klage des Bundes gegen den Landkreis - wie bei vielen anderen Landkreisen im Land - anhängig, in der es um die unterschiedliche Rechtsauffassung bezüglich der Abrechnung der Widerspruchsstelle des Jobcenters geht. **Frau Colshorn** erklärt, dass aktuell auf die Klagebegründung gewartet und anschließend eine Abstimmung mit dem NLT/DLT stattfinden wird.

f) Mitglieder des örtlichen Beirates des Jobcenters

Die Besetzung des örtlichen Beirates des Jobcenters wird präsentiert. Als neuer Vorsitzender wurde der Vertreter der berufsbildenden Schulen, als neue stellvertretende Vorsitzende die Vertreterin der Städte, Gemeinden und Samtgemeinden gewählt.

Anmerkung zu Protokoll: Eine Liste der aktuellen Beiratsmitglieder ist als Anlage 1 beigefügt.

g) Gute Zahlen für das Jobcenter im Jahr 2021 trotz Corona

Im Dezember 2021 betrug die Arbeitslosenquote des SGB II 1,8 %. Die Zahl der vom Jobcenter betreuten Familien, die so genannten Bedarfsgemeinschaften, ist im Dezember 2021 auf knapp 2.800 gesunken und befindet sich damit weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit Bestehen des Jobcenters.

h) Tafeln

In der letzten Sitzung des Ausschusses wurde der Vorschlag unterbreitet, die Fördersummen für die Tafeln zu überprüfen. Diese Überprüfung wurde aufgenommen und es wird u. a. noch ein Gespräch mit den drei Tafeln im Landkreis stattfinden.

i) Jährlicher Bericht Eingliederungshilfe im SAG

In den vergangenen Jahren ist in der Frühjahrssitzung des Ausschusses regelmäßig ein Bericht über die Eingliederungshilfe vorgestellt worden. Dieser Sonderbericht wird in diesem Jahr ausgesetzt.

Um 14:50 Uhr verlässt Frau von Ostrowski die Sitzung.

Punkt 5 der Tagesordnung: Vorstellung der Koordinierungsstelle Migration und Teil-

habe

Vorlage: 2021-26/0108

Frau Wronka stellt die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe vor und beantwortet insbesondere Fragen zur Betreuung der Kinder während der Sprachkurse und zur Nachfrage der unterschiedlichen Sprachniveau-Kursen. Es besteht Einigkeit darüber, dass die Sprache als Schlüssel für Integration dient.

Um 15:15 Uhr verlässt Herr Hachmöller die Sitzung.

Punkt 6 der Tagesordnung: Änderung der Verwaltungshandreichung zur Gewährung

eines Mehrbedarfs für Verhütungsmittel

Vorlage: 2021-26/0100

Vors. Lienau ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Thematik ein. Frau Brünjes erläutert die Beschlussvorlage und erklärt, dass im vergangenen Haushaltsjahr 23 Anträge gestellt und hierfür insgesamt Leistungen in Höhe von rund 6.000,00 € bewilligt wurden. Sie weist darauf hin, dass die antragstellende Person selber gemeinsam mit ihrem Arzt ein Präparat wählt und der Landkreis diese Entscheidung nicht überprüft, sondern das vom Arzt verschriebene Präparat übernimmt.

Abg. Klingbeil merkt kritisch an, dass in der Liste der ausgewählten Verhütungsmittel weitere hormonfreie Alternativen fehlen würden. **Frau Brünjes** sichert eine entsprechende Prüfung zu.

Auf Nachfrage von **Herrn Gajdzik** erklärt **Frau Brünjes**, die Liste der Mittel könne nicht einfach seitens des Landkreises geändert werden. Da es sich um eine Handreichung des Landkreises handelt, ist ein politischer Beschluss erforderlich. Es besteht Einigkeit darüber, dass zukünftig die Liste der Verhütungsmittel als Geschäft der laufenden Verwaltung direkt durch die Verwaltung abgeändert werden und dem Ausschuss die Änderungen nachrichtlich mitgeteilt werden sollen. Es wird der Beschluss gefasst, die Beschlussvorlage abzuändern.

Die Mitglieder des Ausschusses fassen einstimmig die nachstehende Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss.

Beschluss:

Die unter Nr. 3 der Verwaltungshandreichung über die Gewährung eines Mehrbedarfs für Verhütungsmittel genannten Mittel können durch die Verwaltung ohne Beteiligung der politischen Gremien ergänzt oder entfernt werden. Änderungen werden dem Ausschuss nachrichtlich mitgeteilt.

Punkt 7 der Tagesordnung: Bericht über die Arbeit des Jugendberufszentrums

Vorlage: 2021-26/0107

Herr Baier berichtet über die Arbeit, Ziele und Wirkung des Jugendberufszentrums Rotenburg (Wümme).

Auf Nachfrage von **Abg. Ulrich** teilt er mit, als Ansprechpartner für Jugendliche zwischen 14 und 26 Jahren aus dem Landkreis Rotenburg (Wümme) zur Verfügung zu stehen. **Abg. Schmidt** erkundigt sich, ob die Schulen darüber informiert seien, dass die Schüler über das Jugendberufszentrum auch Praktikumsplätze finden können. **Herr Baier** verweist auf Werbung insbesondere in den Schulen, die hierfür seitens des Jugendberufszentrums gemacht wird.

Abg. Klingbeil erkundigt sich, weshalb in Bremervörde und Zeven keine Jugendwerkstatt angeboten werden. Hierzu erläutert **Herr Baier**, dass diese nicht direkt vom Jobcenter betrieben werden, sondern hier lediglich eine Kofinanzierung stattfindet. Insofern müssten sich hierfür Bildungsträger finden.

Punkt 8 der Tagesordnung: Anfragen

Da keine Anfragen vorliegen, schließt Vors. Lienau die Sitzung um 16:10 Uhr.

gez. Lienau gez. Colshorn

Vorsitzender Ltd. Kreisverwaltungsdirektorin

*gez. Tenzer*Protokollführerin